

Die Grenzen der Demonstrationenfreiheit

„Demonstrationenfreiheit ist die gebräuchliche Bezeichnung für das aufgrund der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit (Art. 5 und 8 GG) bestehende Recht, eine Demonstration zu veranstalten und an ihr teilzunehmen. Das Bundesverfassungsgericht (Entscheidung vom 23. 7. 1985) wertet das D. als unentbehrliches Funktionselement des demokratischen Gemeinwesens mit der Folge, dass einschränkende Regelungen, beispielsweise zum Schutz des Straßenverkehrs, nur bei Beachtung des hohen Rangs dieses Rechts zulässig sind; es sind nur friedliche Versammlungen erlaubt und grundrechtlich geschützt.“

Demonstrationen können in engen Grenzen verboten, durch bestimmte Auflagen eingeschränkt oder aufgelöst werden, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erforderlich ist; die Erforderlichkeit der Beschränkungen ist anhand strenger Prüfung zu ermitteln.“

Soweit die Rechtslage. Der für heute geplante so genannte „Al-Quds-Marsch“ mag formal die Kriterien einer Demonstration erfüllen. Es geht hier aber um mehr, nämlich um die Botschaft dieser Veranstaltung, die im Kern die Vernichtung des Staates Israel fordert. Und hier wird eine Grenze überschritten. Deutschland hat gegenüber Israel eine besondere Verantwortung. Da spielt es keine Rolle, ob man mit der Politik des Landes und seiner jeweiligen Regierungen einverstanden ist oder nicht. Es geht um das Grundsätzliche. Und deshalb gehört eine Demonstration wie diese verboten, aus inhaltlichen Gründen. Da unser Rechtsstaat aber selbst eine Versammlung wie diese offenbar nicht unterbinden kann, ist es umso wichtiger, dagegen Front zu machen.

„Etwa 2.000 Teilnehmer werden am Samstag zum geplanten Al-Quds-Marsch radikal-islamischer Gruppen in Berlin erwartet. Die Demonstration soll laut Polizeiangaben vom Adenauerplatz zum Wittenbergplatz verlaufen. Ein breites Bündnis aus Parteien, Gruppen und Initiativen hatte zu Gegen-Protesten aufgerufen. Berlins Antisemitismusbeauftragter rief am Freitag ebenfalls zum Protest gegen den Marsch in der Hauptstadt auf. ‚Ich würde mich freuen, am Samstag viele Demokratinnen und Demokraten zu treffen, die sich dem Gegenprotest anschließen‘, sagte Lorenz Korgel laut einer Senatsmitteilung vom Freitag. Demnach wird der Politikwissenschaftler auch selbst an der Gegen-Demo teilnehmen.“

Am Al-Quds-Tag, der am Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan liegt, ruft der Iran jedes Jahr zur Eroberung Jerusalems auf. Hintergrund ist die Besetzung Ost-Jerusalems durch Israel während des Sechstagekrieges 1967. Al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem. Im vergangenen Jahr nahmen 1.600 Menschen an der Demonstration in Berlin teil. Sie forderten ein eigenständiges Palästina und griffen Israel in Sprechchören an.

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) erklärte über Twitter: „Eine der widerlichsten Versammlungen, die es in Berlin gibt.“ Der politische Wille für ein Verbot ist da. Ein Verbot muss aber vor den Gerichten Bestand haben. Die Erkenntnisse, die wir haben, reichen dafür bislang nicht aus.“ Geisel selbst wird nach Angaben seines Sprechers an einer der Gegen-demonstrationen teilnehmen.“ Quelle: BZ

Auf der heutigen **Protest-Kundgebung** gegen den antisemitischen Quds-Marsch werden **ab 15:00 Uhr** auf dem **George-Grozs-Platz** folgende Personen reden:

- **Arne Herz** (stellvertretender Bezirksbürgermeister Charlottenburg-Wilmersdorf)
 - **Fathiyeh Naghibzadeh** (Mideast Freedom Forum Berlin)
 - **Petra Pau** (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, DIE LINKE)
 - **Andreas Geisel** (Senator für Inneres und Sport in Berlin, SPD)
 - **Dr. Felix Klein** (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus)
 - **Bijan Djir-Sarai** (MdB, FDP)
 - **Ali Ertan Toprak** (Kurdische Gemeinde Deutschland)
 - **Burkard Dregger** (Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin)
 - **Pazit Schraga** (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus)
 - **Ulrich Keßler** (Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg)
 - **Gideon Joffe** (Jüdische Gemeinde zu Berlin)
 - **Maya Zehden** (Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin-Brandenburg)
 - **Ricarda Lang** (Bundessprecherin GRÜNE JUGEND)
- Moderation: **Mike Samuel Delberg**

Initiativkreis:

- Amadeu Antonio Stiftung
- American Jewish Committee Berlin
- DGB Berlin-Brandenburg
- Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin-Brandenburg

- Green Party of Iran
- haOlam. de / ADC Bildungswerk e.V.
- IIBSA – International Institute for Education and Research on Antisemitism
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus
- Jüdische Gemeinde zu Berlin
- Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
- Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg
- Kurdische Gemeinde Deutschland
- Mideast Freedom Forum Berlin
- STOP THE BOMB Kampagne
- WerteInitiative. jüdisch-deutsche Positionen

Unterstützer/innen:

- Zentralrat der Juden in Deutschland
- CDU Berlin
- SPD Berlin
- FDP Berlin
- DIE LINKE. Berlin
- DGB-Jugend
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland e.V. (BAGIV)
- Ibn Rushd-Goethe Moschee
- Zentralrat der Ėziden in Deutschland
- Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.
- Bagrut e.V. Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins (NRW/HH)
- freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.
- Grüne Jugend
- Grüne Jugend Berlin
- Volker Beck
- linksjugend [‘solid]
- Junge Liberale Berlin
- Junge Liberale (JuLis)
- Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD)
- SPME – Scholars for Peace in the Middle East, deutsche Sektion
- Bundesarbeitskreis (BAK) Shalom in der linksjugend [‘solid]
- Landesarbeitskreis Shalom der Linksjugend [‘solid] Hamburg
- Landesarbeitskreis SISYPHOS der Linksjugend Thüringen
- Honestly Concerned e.V.
- Europäische Janusz Korczak Akademie
- Organisation iranischer parlamentarischer Monarchisten
- CDU Moabit
- Lea Rosh (Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.)

- Makkabi Deutschland
- Michaela Engelmeier (MdB 2013-2017)
- I like Israel e.V. (ILI)

Näheres s. HIER:

<https://www.gegenqudsmarsch.de>

In einem Aufruf des Initiativkreises heißt es:

*„Jedes Jahr marschieren radikale Islamist*innen und Anhänger*innen der Diktatur im Iran durch Berlin und rufen zum Kampf gegen Israel auf. Sie wollen „al Quds“ (Quds ist der arabische Name für Jerusalem) erobern und den jüdischen Staat vernichten.*

Wir halten es für unerträglich, dass es möglich ist, mitten in Berlin zur Zerstörung der größten jüdischen Gemeinschaft dieser Welt aufzurufen: Israel. Wir demonstrieren für Solidarität mit Israel und protestieren gegen jede Form von antisemitischer und islamistischer Propaganda in Berlin.

*Der „Quds-Tag“ wurde 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini als politischer Kampftag etabliert, an dem weltweit für die Vernichtung Israels geworben wird. Der Quds-Marsch in Berlin ist quasi der Lautsprecher der islamistischen Diktatur im Iran. Es demonstrieren Antisemit*innen verschiedener Spektren, darunter Anhänger*innen der Terror-Organisation Hisbollah, der iranischen Revolutionsgarden, des Islamischen Zentrums Hamburg, Funktionäre der „Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ (IGS) sowie palästinensischer Terror-Organisationen. Unter dem Vorwand, die Rechte von Palästinenser*innen zu vertreten, wird ein radikales Islamverständnis und Homophobie propagiert, werden antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet, und eine aggressive Kampfbereitschaft gegen den Westen demonstriert.*

Gegen die vom iranischen Regime aus gesteuerte Propaganda setzen wir unsere Solidarität mit allen Demokratinnen und Demokraten aus der Region: mit den Oppositionellen im Iran und im Exil, mit den Homosexuellen und den Frauen, die für ihre Freiheit und gegen den Schleierzwang kämpfen, mit kurdischen und yesidischen Organisationen, die in der Region unter der aggressiven Außenpolitik des Iran leiden. Deutschland muss dem Beispiel der Niederlande und Großbritannien folgen: Für ein Verbot der gesamten Hisbollah! Gemeinsam gegen Islamismus, Antisemitismus und Antizionismus!

Solidarität mit Israel und mit der demokratischen Opposition im Iran!

Für Freiheit und Demokratie im Iran!“

Die AfD ist weder im Unterstützerkreis noch auf der Rednerliste zu finden. Ihr empörtes Verhalten, wenn sie auf die Nähe zur nationalsozialistischen Gesinnung einiger ihrer Mitglieder angesprochen wird, ist geheuchelt. Heute hätte sie Gelegenheit gehabt, sich in die Reihe der Demokraten einzuordnen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch